

Henne Attila

Nach knapp sechsmonatiger Amtszeit kommt Britanniens Premierministerin Margaret Thatcher zum erstenmal zu Konsultationen nach Bonn. Die Dame ist noch kriegerischer geworden.

Die politischen Spitznamen, Karikaturen und Vergleiche, die ihr öffentliches Image ausmachen, waren nie sehr freundlich. Nun sind sie bitterböse geworden — bei Freund und Feind.

Für die sowjetische Nachrichtenagentur „Tass“ wurde aus der „Eisernen Lady“ eine „kriegslüsterne Lady“, schien sie gar die „Hosen Churchills anzuprobieren, was aber offensichtlich nicht gelang“.

Und die Mitglieder ihres Kabinetts, in dem sie angeblich der einzige Mann ist, nennen sie seit neuestem „Attila, the Hen“, „Attila, die Henne“.

Die so geschmückte Politikerin steht am Mittwoch dieser Woche dem Bundeskanzler ins Haus: Margaret Thatcher, seit knapp sechs Monaten Regierungschef Großbritanniens, kommt für acht Stunden an den Rhein, zum halbjährlichen deutsch-britischen Gipfel.

Doch ob der Macher und die Henne sich auch diesmal so gut vertragen werden wie im Mai dieses Jahres, als der Kanzler ihr die Aufwartung machte und beide hinterher voneinander schwärmten, darf bezweifelt werden: Die Dame werde möglicherweise von einer „aggressiven und nicht ungefährlichen Krankheit“ befallen, der „Ultimatis“, wie der Ex-Staatssekretär im Außenministerium Frank Judd spottete.

Der Labour-Politiker meinte damit jenes „Ultimatum zum EG-Haushalt“, das Margaret Thatcher auf einer Pressekonzferenz in Luxemburg am 18. Oktober gestellt hatte: Spätestens beim Europa-Gipfel in Dublin Ende November müsse eine befriedigende Lösung der „politisch unverfügbaren“ — weil zu hohen — Beiträge Englands zum EG-Haushalt gefunden werden. Und um sicherzugehen, auch richtig verstanden worden zu sein, fügte Margaret Thatcher nach kurzer Pause noch warnend hinzu: „Und nicht später.“

Mit ihrer Drohung hatte die konservative Regierungschefin genau das gemacht, was sie der Labour-Regierung immer wieder vorgeworfen hatte: mit aggressiven Tönen Englands EG-Partner zu verärgern.

Die Verblüffung über das kriegerische Vorgehen Margaret Thatchers war allgemein: Nur wenige Tage zuvor hatte Sir Ian Gilmour, stellvertretender Außenminister und Minister für Europa-Fragen, auf dem konservativen Parteitag in Blackpool „ein vorbehaltloses Bekenntnis“ der Regierung zur Europäischen Gemeinschaft abgelegt.

Der Grund für Kurs- und Tonwechsel aber liegt auf der Hand und ist in nahezu allen britischen Zeitungen nachzulesen: In einer seit Jahren beispiellosen Propaganda-Welle wird der Europäischen Gemeinschaft vorgeworfen, das arme Volk der Briten erbarmungslos auszubeuten. Je nach Seriosität der Zeitung variiert der angebliche Nettobetrag, den das dem Bruttosozialprodukt nach drittärmste Land der Gemeinschaft 1980 in den EG-Haushalt zahlt, zwischen vier und zehn Milliarden Mark.

John Simpson, Kommentator der BBC, verschreckte die Nation mit einer Horrornachricht im Fernsehen, wonach „das arme England“ zehnmal soviel in den reichen Brüsseler Topf zahle wie



„Das gilt auch für mich“

„das reiche Deutschland“. Tatsächlich zahlen die Briten zwar einen hohen, aber doch nur den zweithöchsten EG-Beitrag — nach der Bundesrepublik. Einer der Hauptgründe: Ihr Export entwickelte sich nicht wie erwartet.

Aber da Margaret Thatchers Flitterwochen im Amtssitz des britischen Premierministers vorbei sind und vor allem ihre drastischen Ausgabenkürzungen im Sozialbereich auf erbitterten Widerstand stoßen, hat sie, wie auch schon ihr Labour-Amtsvorgänger Callaghan vor ihr, in Luxemburg die berühmte „Europa-Karte“ gespielt, mit der allemal von den innenpolitischen Schwierigkeiten abzulenken ist und die sicheren Beifall in der Presse verheißt.

Margaret Thatchers Kurs zum „Euro-Krach“ aber („Sunday Telegraph“) hat seine Gefahren. Peter

Shore, Labours Schatten-Außenminister, mahnte in der vergangenen Woche bereits den Erfolg von „Maggies“ großer Geste an: „Ich hoffe, das waren nicht nur so hingeworfene Worte.“ Margaret Thatcher hat sich mit ihrem Ultimatum unter einen Erfolgszwang gestellt, dem sie nicht gerecht werden kann. Der Labour-Abgeordnete Norman Atkinson glaubt, darin gar „Anzeichen von Unreife“ zu erkennen.

Dies um so mehr, als das Ultimatum von Luxemburg nicht das einzige Symptom der von Frank Judd diagnostizierten „Ultimatis“ ist. Immer häufiger spitzt sich Margaret Thatchers Politik auf das eher simple und unbritische „Entweder-Oder“ einer Verhandlungstaktik zu, die nur den totalen Erfolg akzeptiert und deshalb notwendigerweise in Krisen hineinsteuert.

So geschehen nur Tage zuvor, als Englands Außenminister Lord Carrington auf Geheiß seiner Chefin der „Patriotischen Front“ bei den Rhodesien-Verhandlungen im Lancaster House ein Ultimatum stellte und nur durch die Intervention der Präsidenten von Sambia und Tansania das Scheitern der Konferenz verhindert wurde.

Unbeweglichkeit und kaum verhüllte Drohungen überall: Nachdem alle westlichen Regierungschefs mit unterschiedlicher Zurückhaltung auf Breschnews Angebot eines geringfügigen einseitigen sowjetischen Truppenabbaus in der DDR reagiert hatten, fand Margaret Thatcher ganz andere Worte.

Sie erinnerte die Sowjet-Führung an die 20 Millionen Toten, die der Zweite Weltkrieg das sowjetische Volk gekostet habe, und schloß: „Wir müssen dafür sorgen, daß ihm (Breschnew) klar wird, daß Ähnliches und Schlimmeres der Preis für ein sowjetisches Abenteuer wäre.“ Starke Worte aus dem Mund einer Regierungschefin, deren Streitkräfte eben gerade über vier, noch dazu bald veraltete Polaris-U-Boote verfügen.

Die Londoner Sonntagszeitung „The Observer“ nannte ihre Rede zwar schlicht „Unfug“, glaubte aber außerdem, bei Margaret Thatcher „eine Grobheit von Gedanken und Gefühl“ zu entdecken, „die für einen Staatsmann gefährlich sind“.

Wenn Margaret Thatcher am Mittwoch dieser Woche ins Bonner Kanzleramt kommt, wird wohl der Gastgeber, wie schon vor sechs Monaten, ihre intellektuelle Präsenz und ihre peinlich genaue Vorbereitung preisen können. Auch die Klarheit ihrer Sprache — besonders, wenn es um Geld geht.

Und darum in erster Linie, um Europa-Geld, geht es in dieser Woche. Aber vielleicht wird Bundeskanzler Schmidt, wie der „Daily Telegraph“, auch dieses an seiner Besucherin feststellen: „Daß die Fähigkeit der Politiker, sich selbst zu täuschen, oft noch größer ist als ihre Fähigkeit, ihr Volk zu täuschen.“